

Das Ende der liberalen Weltordnung?

Akbulut, Hakan; Dzihic, Vedran; Gruber, Barbara; Günay, Cengiz; Pisoiu, Daniela

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Akbulut, H., Dzihic, V., Gruber, B., Günay, C., & Pisoiu, D. (2017). *Das Ende der liberalen Weltordnung?* (Bericht / Österreichisches Institut für Internationale Politik, 1). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip).
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59223-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Osterreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Das Ende der liberalen Weltordnung?

Hakan Akbulut

Vedran Džihic

Barbara Gruber

Cengiz Günay

Daniela Pisoiu

Leistung erbracht im Rahmen des Kooperationsprojekts
BMLVS/DIONSihPol – oiip

Einleitung

Cengiz Günay

Die Entwicklungen im ersten Halbjahr 2017 in der internationalen Politik waren turbulent. Insgesamt ist ein Trend in Richtung Aufstieg eines neuen autoritären Verständnisses zu beobachten. In der Türkei, im Nahen Osten, auf dem Balkan sowie auch innerhalb der EU sind autoritäre Bewegungen auf dem Vormarsch. Dies geht mit einer Abwertung von politischen Parteien und Institutionen und einer stärkeren Fokussierung auf starke Führungspersönlichkeiten einher. Der Sieg Donald Trumps in den USA führte auch dort zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit Autoritarismus und Populismus.

In diesem Zusammenhang setzt sich die Forschung auch mit der Erosion der politischen Institutionen auseinander. Bewegungen, die sich rund um starke Führungspersönlichkeiten formieren, oder von diesen geschaffen werden, ersetzen immer mehr politische Parteien. Spätestens seit der Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten ist der Trend hin zu neuen politischen Bewegungen, die sich über die alten „Rechts- Links“ Linien hinweg etablieren, auch in Europa zu beobachten. Dies geht meist mit einem neuen Politstil, der stärker durch die jeweilige Persönlichkeit geprägt ist, einher.

Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Außenpolitik und die Art der internationalen Beziehungen. Während die alte Schule der Diplomatie immer mehr als ein Feuerlöscher für Krisensituationen verstanden wird, unterliegt Außenpolitik immer mehr innenpolitischen Opportunitäten, wirtschaftlichen Interessen und persönlichen Impulsen. Nationalistische Rhetorik gegen äußere und innere Feinde dient angesichts des Fehlens ideologischer Programmatik oft als Ersatz und Mittel zur Mobilisierung der Wählerschaft.

Im Folgenden finden sich kurze „Trendanalysen“ der ForscherInnen des oiip zu den Entwicklungen in ihren Forschungsbereichen bzw. in ihren Regionalschwerpunkten. Auch wenn diese Analysen keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, so stellen sie doch einen Überblick über die Entwicklungsszenarien in den jeweiligen Bereichen dar.

Reproduktion der Krisen und neuer Autoritarismus auf dem Balkan

Vedran Dzihic

In den letzten Jahren und Monaten sind wir Zeugen einer rasenden Veränderung der liberal-demokratischen Weltordnung. Was vor unseren Augen entsteht - und dazu können Entwicklungen in einigen Balkanstaaten durchaus als paradigmatisch betrachtet werden - ist eine neue Form der zum Autoritarismus neigenden Grauzonenregime. Diese fordern die liberal-demokratische Weltordnung, die seit dem Ende des Kalten Krieges die internationalen Beziehungen prägte, heraus und sorgen damit für Verunsicherung. Solche Grauzonen-Regime, die irgendwo zwischen Demokratie und Diktatur angesiedelt sind, generieren ihre Legitimität mittels einer Mischung aus demokratischen und autoritären Elementen. Dazu gehören Techniken der Anpassung und der geschickten Kommunikation ebenso wie das selektive Bedienen von wirtschaftlichen und sozio-ökonomischen Interessen. Die politischen Proponenten dieser neuen Regime – starke Männer wie Vučić, Thaci, Djukanovic oder bis vor kurzem Gruevski – berufen sich oft, zumindest auf einer deklarativen und rhetorischen Ebene auf Demokratie und die Herrschaft des Rechts. In ihrer Regierungs- und Herrschaftspraxis hebeln die neuen „Leader“ aber oft die Demokratie substanziell aus. Sie versuchen Wahlen zu dominieren oder gar zu manipulieren, schränken die Medienfreiheiten ein, kontrollieren die Justiz. Was so gut wie immer bei Grauzonenregimen hinzukommt ist, dass in Narrativen ethnische oder nationale Fragen bzw. Fragen des Territoriums und der nationalen Souveränität bedient werden. Diese Narrative erzeugen oft klar definierte „Freund-Feind“ Bilder, die wiederum zur Mobilisierung der eigenen Wählerschaft bzw. zu deren langfristigen Bindungen an die Regierung dienen.

Parallel dazu kommt es zu einer immer weiteren Einschränkung der Freiräume für Kritik bzw. die politische Opposition. Restriktionen und größere Kompetenzen für die Sicherheitskräfte werden mit dem Hinweis auf innere oder äußere Bedrohungen begründet. Wachsender Autoritarismus sowie die narrative Konstruktion von Krisen belebt alte Ressentiments auf dem Balkan, fördert die Spannungen und bedroht langfristig die Sicherheit der gesamten Region. Dazu einige wenige Skizzen.

In Serbien hat Anfang April 2017, Aleksandar Vučić, der starke Mann des Landes, die Wahl zum serbischen Präsidenten für sich entschieden. Bereits im Vorfeld der Wahlen, als auch danach wurde der öffentliche Raum von inszenierten Krisen dominiert. Ein gutes Beispiel ist die berühmt-berüchtigte Affäre rund um den mit serbischen Ikonen und der Aufschrift „Kosovo ist Serbien“ bemalten Zug, der aus Serbien in den Kosovo geschickt werden sollte und angeblich von Vučić Anfang Januar 2017, in der letzten Sekunde gestoppt wurde. Diese „Krise“ verdeutlichte einmal mehr, wie die Massen durch

nationalistische Themen mobilisiert und mit künstlich geschaffenen Diskursen von anderen Fragen abgelenkt werden können.

Gleichzeitig wurde auch der politische Ton in Pristina rauer und ist vor allem durch anti-serbische nationalistische Rhetorik geprägt. Ramush Haradinaj, ein nationalistischer albanischer Politiker, gegen den ein Verfahren als Kriegsverbrecher geführt und von dem er aber freigesprochen wurde, drohte offen Serbien.

Ein weiteres Beispiel sind die verbalen Auseinandersetzungen, die im Länderviereck Serbien-Albanien-Kosovo-Mazedonien, angesichts der jüngsten schweren politischen Krise in Mazedonien ausgetragen werden. Am 27. April 2017 stürmte nach der Wahl des neuen Parlamentssprechers ein von den VMRO-DPMNE-Strukturen orchestrierter Mob das Parlament in Skopje, verletzte den Parteichef der sozialdemokratischen Partei Mazedoniens Zoran Zaev und weitere Parlamentarier und brachte Mazedonien an den Rand der Explosion der Gewalt. In den Tagen und Wochen nach diesem traurigen Höhepunkt der politischen Krise in Mazedonien begann die rhetorische Instrumentalisierung des Ereignisses. Vor allem in Serbien geistert seit dem 27. April das Narrativ vom „mazedonischen Szenario“ in Politik und Medien herum. Die De-Stabilisierung Mazedoniens wird demnach zum einen als ein warnendes Beispiel für Serbien bzw. die möglichen Entwicklungen im Falle des Sturzes des starken Mannes an der Spitze des Staates skizziert und zum anderen als Gefahr für die nationale Sicherheit Serbiens dargestellt.

Die politische Rhetorik in Serbien nach den Ereignissen im mazedonischen Parlament suggeriert, dass die sogenannte „mazedonische Frage“ eine große Bedrohung für den Frieden in der Region darstellt. Das „mazedonische Szenario“ bespielt die Angst vor großalbanischen Bestrebungen, die sich in weiterer Folge direkt gegen Serben richten würden. Die starken Aussagen von albanischen Politikern wie Edi Rama (siehe unten) oder Ramush Haradinaj (siehe oben) verstärken in der serbischen Öffentlichkeit den Eindruck, dass eine neue offensive (groß-)albanische Front gegen Serbien entsteht und dieses bedroht. Aleksandar Vučić beteiligt sich selbst intensiv an dieser Kampagne.

Der Kosovo wiederum befindet sich in den letzten beiden Jahren in einer permanenten politischen Krise. Diese ist geprägt durch lange Blockaden des Parlaments durch die Opposition. Anfang Mai 2017 wurde in einem finalen Akt die glücklose Regierung von Premier Isa Mustafa gestürzt, teilweise auch mit Stimmen der mitregierenden PDK. Die Gräben zwischen einigen oppositionellen Parteien und der Regierung waren zuletzt so tief, dass man von einer vollkommenen politischen Spaltung des Landes sprechen konnte. Im Kosovo wird im Juni 2017 gewählt und der Wahlkampf verspricht, einer

der schmutzigsten der jungen kosovarischen Geschichte zu werden. Das Aufheizen der Stimmung mit nationalistischen Parolen hat längst begonnen, und wieder einmal ist es – parallel zur serbischen Situation – die alte Achse Serbien-Kosovo, entlang derer man mobilisiert und politisches Kleingeld sammelt. Es vergeht kein Tag ohne den Austausch von expliziten und zuletzt zunehmend kriegerischen Botschaften zwischen Belgrad und Pristina.

Eine interessante neue Entwicklung stellt sicherlich die zunehmend krisengeladene Stimmung in Albanien dar. Hier spitzte sich im Vorfeld der ebenfalls für Juni 2017 geplanten Parlamentswahlen der Konflikt zwischen der Regierung von Edi Rama und der Opposition immer stärker zu. Während der Druck auf Rama steigt, entdeckt auch er die Macht der nationalistischen Mobilisierung und sinniert in Interviews über Alternativen zur EU. Er findet sie diesmal, wie er sagt, in einer „kleinen Union“ mit dem Kosovo, die Rama als „Alternative“ für einen ausbleibenden EU-Beitritt sieht. Dass dies nicht lange auf heftige Reaktionen aus Serbien warten ließ, liegt auf der Hand.

Insgesamt entsteht somit das Bild einer Region in akuter Krise. Die klischeehafte Vorstellung des stets unruhigen und kurz vor der Explosion stehenden Balkans macht sich in der Debatte wieder breit. Es scheint offensichtlich zu sein, dass ein neues und starkes Engagement der EU und auch der USA unumgänglich ist, um diese Krisenspirale zu stoppen. Der Einsatz der USA und europäischer Partner in Mazedonien rund um die Regierungsbildung ist ein Beispiel, wie man die Eskalation durch entschiedene Politik verhindern kann. Mazedonien, wo nun Ende Mai die neue Regierung unter Zoran Zaev gebildet werden konnte, die sich eindeutig demokratisch und pro-europäisch positioniert und auch Unterstützung der progressiven und bis zuletzt auf den Straßen protestierenden Kräfte genießt, könnte ein positives paradigmatisches Beispiel für die ganze Region darstellen.

Das Verfassungsreferendum in der Türkei

Hakan Akbulut

Nach jahrelangen Debatten über die Einführung eines Präsidialsystems wurde in der Türkei am 16. April 2017 ein Referendum über eine entsprechende Verfassungsnovelle abgehalten. Nach Angaben der Hohen Wahlkommission (YSK) stimmten 51,41% der WählerInnen für die Novelle, während 48,59% diese ablehnten (siehe YSK 2017). Eine Entscheidung der YSK während des Urnengangs, wonach auch jene Stimmzettel und Umschläge, die von den Wahlkommissionen nicht vorab abgestempelt wurden, als gültig anerkannt würden, war jedoch in erster Linie dafür verantwortlich, dass dieses

Ergebnis u.a. von den größten Oppositionsparteien CHP (Republikanische Volkspartei) und HDP (Demokratische Partei der Völker) angefochten wurde. Während die YSK und der Staatsrat die Anfechtung zurückwiesen, kündigte die CHP an, den Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bringen zu wollen. In der Frage, ob der EGMR in dieser Sache überhaupt zuständig ist, existierten zunächst gegenteilige Meinungen. Die BeobachterInnen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie des Europarats konstatierten jedenfalls in einem vorläufigen Bericht, dass das Referendum nicht unter freien und fairen Bedingungen abgehalten worden sei (siehe International Referendum Observation Mission 2017).

Das offizielle Endergebnis des Referendums wurde indes im Amtsblatt der Republik verkündet. Das Präsidialsystem per se wird jedoch erst mit November 2019 eingeführt, sofern es nicht zu vorgezogenen Neuwahlen kommt. Drei im Verfassungspaket enthaltene Bestimmungen traten aber sofort in Kraft und finden bereits Anwendung: Diese betreffen zum einen die Umbenennung, Umstrukturierung und Neubesetzung des Hohen Rates der Richter- und Staatsanwälte, die Reduzierung der militärischen Gerichtsbarkeit auf Disziplinargerichte, sowie die Aufhebung der Verpflichtung der Parteiunabhängigkeit für gewählte PräsidentInnen.

Mit dem Referendum wurde insgesamt ein verfassungsrechtliches Grundgerüst angenommen, weitere gesetzliche sowie institutionelle Anpassungen müssen erst folgen, damit das Präsidialsystem in vollem Umfang zur Anwendung kommen kann. Die Zielsetzung besteht darin, diese notwendigen Änderungen im Rahmen von sechs Monaten zu realisieren. In erster Linie stehen eine Reform des Wahlsystems sowie des Parteiengesetzes zur Diskussion. Dementsprechend hat auch Staatspräsident Erdoğan, der auf dem außerordentlichen Parteitag der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) am 21. Mai 2017 erneut zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, einen sechs Monate umfassenden Aktionsplan in Aussicht gestellt. Wenngleich Erdoğan klar machte, dass der Kampf gegen die Gülen-Bewegung und die PKK unvermindert weitergeführt werde und eine Aufhebung des Ausnahmezustands nicht angedacht sei, stellte er gleichzeitig fest, dass die Türkei weder in eine sogenannte „middle-income trap“¹ noch in eine „middle-democracy trap“ tappen werde. Auch eine Anhebung

¹ „Middle income trap“ bezeichnet den Umstand, wonach Länder, die zunächst ein beachtliches Wirtschaftswachstum erzielen konnten und in denen das Pro-Kopf-Einkommen deutlich gestiegen ist, es (zumindest zunächst) nicht schaffen, diese Wachstumsraten beizubehalten und in den Kreis der „high income countries“ aufzusteigen. Als „high income countries“ werden jene Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mindestens \$ 12.746 eingestuft (World Bank 2014, 248). Das Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei betrug 2016 \$ 10.807, während im selben Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,9% erzielt wurde (NTV 2017). In den Jahren 2001 bis 2011 erzielte die Türkei hingegen ein Wachstum von durchschnittlich 5 % (World Bank 2014, 3). Im selben Zeitraum hat sich das Pro-Kopf-Einkommen mehr als verdreifacht. Analog hierzu meint „middle democracy trap“ eine Stagnation in der demokratischen Entwicklung und eine fehlende Konsolidierung der Demokratie. Im türkischen Fall ist in diesem Zusammenhang ein Rückwärtstrend beobachtbar. So hält auch Aydın-Düzgüt (2016)

der Standards in Fragen der Grundrechte und Freiheiten wurde somit als Ziel dieser Reformen formuliert (siehe Milliyet 2017). Ob und wie sehr sich beide Vorhaben – also eine Verbesserung der Menschenrechtslage bei gleichzeitigem Festhalten am Ausnahmezustand und den damit verbundenen Maßnahmen und Möglichkeiten – vertragen und gleichzeitig realisieren lassen, bleibt vor allem vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 zunächst fraglich. Klar ist hingegen, dass mit dem Verfassungsreferendum der Veränderungsprozess in der Türkei nicht abgeschlossen wurde, sondern seinen ersten Höhepunkt fand und in den kommenden Monaten weitergeführt werden wird. Diesen gilt es in der zweiten Jahreshälfte 2017 zu beobachten.

An diesem Punkt gilt jedoch festzuhalten, dass abgesehen von einem rhetorischen Bekenntnis von Präsident Erdoğan zu demokratischen Reformen zum jetzigen Zeitpunkt (Ende Mai 2017) keine weiteren Anzeichen für eine bevorstehende demokratiepolitische Trendumkehr erkennbar sind. Außen- und sicherheitspolitisch (siehe etwa Syrienkrieg, den Kampf gegen die PKK oder den IS) sowie in wirtschaftlichen Fragen (siehe beispielsweise moderates Wachstum, zweistellige Inflationsrate, schwache Währung, großes Leistungsbilanzdefizit) bleiben dieselben Probleme und Herausforderungen bestehen. Dies gilt auch für die Beziehungen zur EU, wo etwa eineinhalb Monate nach Abhaltung des Referendums zwar eine verbale Deeskalation und Entspannung zu beobachten ist. In Fragen der Visafreiung für türkische StaatsbürgerInnen, der Reform der Zollunion mit dem Land oder der Wiederbelebung des Beitrittsprozesses erscheint aber ein Durchbruch zumindest kurzfristig unwahrscheinlich. Innenpolitisch scheint die Einführung des Präsidialsystems unumkehrbar eingeleitet. Die Realisierung der notwendigen rechtlichen wie institutionellen Anpassungen wird wohl im Zentrum der politischen Debatten und Auseinandersetzungen der kommenden Monate stehen. Parallel hierzu wird wohl der gegen die Gülen-Bewegung, die für den gescheiterten Putschversuch vom Juli 2015 verantwortlich gemacht wird, ausgerufen Kampf fortgeführt werden und ein zentrales Thema bleiben.

fest, dass die Türkei „is suffering from what could be called a middle-democracy trap. That is, its well-known middle-income trap is now accompanied by a parallel trap of illiberal democracy. Checks and balances are being eroded, democratic institutions weakened, and fundamental freedoms curbed.“

Die neue US – Außenpolitik und ihre Auswirkungen auf den Nahen Osten

Cengiz Günay

Mit großer Anspannung wurde darüber spekuliert, ob sich Donald Trump als Präsident mäßigen und staatsmännisch agieren, oder er seine aggressive Rhetorik aus dem Wahlkampf umsetzen würde. Die erste Bilanz seiner Außenpolitik ist in diesem Zusammenhang recht durchwachsen. Entgegen Trumps Rhetorik, die von der Idee des Rückzugs aus der internationalen Politik geprägt war, griffen die USA verstärkt im Syrien-Konflikt ein. Dies erfolgte vor allem vor dem Hintergrund einer stärkeren Kooperation und Abstimmung mit Russland. Die neue, mit Russland abgestimmte Syrien-Strategie der Trump Administration führte vor allem zur Isolation der Türkei. Sehr zum Missfallen der türkischen Regierung, beinhaltet die neue Achse zwischen Washington und Moskau nicht nur einen Bedeutungsverlust für Ankara, das sich gerne als Schlüsselfaktor in der Neuordnung Syriens sieht, sondern sogar auch eine Aufwertung der syrisch-kurdischen PYD, die in enger Verbindung mit der türkisch-kurdischen PKK steht. Trump sowie Putin sehen die kurdischen YPD Milizen (die der PYD unterstehen) als wichtigsten Partner im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS).

An dieser Strategie konnte auch das, in der regierungsnahen türkischen Presse als Wendepunkt bezeichnete, Gipfeltreffen zwischen Trump und Erdoğan nichts ändern. Das Treffen, das nur 20 Minuten dauerte (Candar – al Monitor 17-May-2017) führte keineswegs, wie von Ankara erhofft, zu Abweichungen von der von Obama eingeleiteten Strategie, die kurdischen YPG-Milizen als Bodentruppen gegen den IS zu trainieren und auszubilden. Trump unterzeichnete sogar ein Dekret, das die direkte Bewaffnung der YPG billigt. Auch in der Frage der Auslieferung, des für den gescheiterten Putschversuch verantwortlich gemachten Predigers Fethullah Gülen aus den USA konnte Erdoğan während des 20 minütigen Treffens keinen Erfolg erzielen. Erdoğan ist aber außenpolitisch zu isoliert und innenpolitisch seit den Säuberungen und dem Referendum über das Präsidialsystem, das äußerst knapp ausging und das Potenzial der Opposition aufzeigte, zu geschwächt um eine neue außenpolitische Front gegen Trump aufzumachen. Nach der gegenseitigen Entfremdung zwischen der Obama Administration und der türkischen Regierung legten die Verantwortlichen in Ankara in Trumps Präsidentschaft große Hoffnungen. Diese scheinen nun zunächst enttäuscht worden zu sein.

Das Ausbleiben der Wiederbelebung der US-türkischen Partnerschaft schwächt in weiterer Folge weiter die NATO und bewirkte unmittelbar die Ankündigung Erdoğan die neue strategische Partnerschaft mit Russland vertiefen zu wollen.

Auch in die Herrscher in der arabischen Welt legen große Hoffnungen in Präsident Trump. Für Ägyptens Präsident al-Sisi sowie die saudische Führung repräsentiert Trump den Anti-Obama. Während Obama die Einmischung in interne Angelegenheiten und vor allem eine liberale demokratische Agenda vorgeworfen wurde, wird Trump als ein politischer sowie auch als ein Business-Partner gesehen. Während die Obama-Administration versuchte, über die internationale Öffentlichkeit Druck auf die Staaten der Region auszuüben, wird bei Trump geschätzt, dass er dies unterlässt und wenn nötig nur in geschlossenen Sitzungen Probleme anspricht. Die Ablehnung gegen Obama und insbesondere das durch ihn forcierte Nuklearabkommen mit dem Iran förderte sogar eine „unheilige“ Allianz bestehend aus Israels Premierminister Netanyahu, dem saudischen Regime, und Präsident al-Sisi.

Realpolitik, geostrategische Überlegungen und der Fokus auf Stabilität, Sicherheit und Terrorbekämpfung prägen auch die Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gegenüber der Region. Im Falle der EU geht dies insgesamt mit einer Schwächung der Förderung demokratischer Prozesse, der Zivilgesellschaft, von Frauen und Jugendlichen einher. Es besteht in diesem Zusammenhang die Gefahr den selben Fehlern wie auch vor dem Ausbruch des Arabischen Frühlings aufzusitzen. Auch damals hatte man die autoritären Herrscher als Garanten für Stabilität und Sicherheit betrachtet und bei Menschenrechtsverletzungen im Zuge des Anti-Terrorkampfes weitgehend weggesehen. Dies hat langfristig das Image und die Glaubwürdigkeit westlicher Politiker in der Region beschädigt.

Man kann festhalten, dass der europäischen Nachbarschaftspolitik weitgehend die normative Komponente abhandengekommen ist. Insbesondere im Falle Ägyptens, wo die Versicherheitlichung des politischen Raumes täglich voranschreitet und jegliche demokratischen Freiräume geschlossen wurden, zeigt sich dies dramatisch. Europäische Partner sehen das al-Sisi Regime als einen wichtigen Partner im Kampf gegen den Terrorismus und im Management bzw. der Kontrolle der Migrationsrouten – Ägypten hat auch einen erheblichen Einfluss auf Libyen und interveniert dort immer wieder militärisch. Dabei wird über die massiven Menschenrechtsverletzungen im Land bzw. die Verhaftung von tausenden von jungen AktivistInnen aus verschiedenen politischen Lagern, sowie die Einschränkung der Meinungsfreiheit hinweggesehen. Trotz der weitgehenden Anpassung an die Realpolitik wird die EU allerdings von allen Seiten, dem Regime, sowie auch dessen Kritikern als zahnlos betrachtet.

Mittel- bis längerfristig können Autoritarismus und Repression, sowie sie im Moment quer durch den Nahen Osten gelebt werden, Terrorismus und Migration nicht verhindern. Autoritäre, repressive Regime wie jenes in Ägypten scheinen zwar für den Moment stabilisierend zu wirken, allerdings ist zu befürchten, dass dies auch aufgrund der fatalen wirtschaftlichen Situation nicht von Bestand ist. Im

Falle einer neuen Protestwelle, so fürchten viele KritikerInnen, könnten die Auswirkungen viel dramatischer sein, da z.B. im Falle des al-Sisi-Regimes jegliche soziale, politische und gesellschaftlich vermittelnd wirkende Institutionen zerstört wurden.

Im Falle der Türkei scheinen sich die Interessen trotz der Wahl Präsident Trumps nicht anzunähern. Die Türkei ist im Syrienkonflikt von den Entscheidungen der USA und Russlands abhängig. Es kam angesichts der Abkühlung der Partnerschaft mit den USA und der Isolierung in der Region, aufgrund der türkischen Unterstützung für die Muslimbruderschaft, zu einer Annäherung mit dem Iran und Katar. In Syrien wird Ankara auch in näherer Zukunft die Aufwertung der PYD nicht verhindern können und scheint sich auch schon damit insgeheim abgefunden zu haben. Positiv könnte sich dies in Form einer Wiederaufnahme der Gespräche mit zwischen der türkischen Regierung und der PKK auswirken, denn auch die türkische Regierung ist sich dessen bewusst, dass solange der Konflikt innerhalb der Türkei nicht gelöst ist, das Land keine tragende Rolle in der Region spielen kann.

Terrorismus, Dschihadismus und Rechtsextremismus in Westeuropa

Daniela Pisoiu

Wie vom IS Ende 2016 angekündigt fanden und finden, trotz der Schwächung der Organisation in Syrien, weiterhin IS-Anschläge in Europa statt. Die EU Mitgliedsstaaten und die OSZE befinden gemeinsam, dass in diesem Zusammenhang von aus Syrien zurückkehrenden Auslandskämpfern, den sogenannten „foreign fighters“ die größte Gefahr ausgeht. Übersehen wird dabei aber, dass die Mehrheit der IS-Attentäter in Europa keine „foreign fighters“ waren. Stattdessen haben sich die Attentäter in Europa radikalisiert. Auch in Österreich ging bislang ausschließlich von potenziellen „homegrown“ Terroristen die größte Gefahr aus. Das heißt natürlich nicht, dass man die Rückkehrer aus den Augen verlieren sollte; Rehabilitations- und kriminalpolizeiliche Maßnahmen werden weiterhin benötigt. Es heißt aber auch, dass man sich nicht ausschließlich auf Rückkehrer konzentrieren, sondern weiterhin verstärkt, die Präventionsarbeit intensivieren sollte. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit wird sein, die Ursachen und Dynamiken von Radikalisierung in Österreich zu verstehen.

Der Zulauf zu rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Bewegungen steigt weiter an. Gleichzeitig ist aber zu beobachten, dass der beobachtbare Anstieg von rechten Parteien quer durch Europa und nicht zuletzt auch die Präsidentschaft Donald Trumps, Rechtsextremisten den Wind aus den Segeln genommen hat. Die teilweise Übernahme von Themen, Diskursen bzw. die Entwicklung von

Gegennarrativen haben dazu geführt, dass der Vormarsch anti-europäischer und extremistischer Bewegungen und Parteien an Momentum verliert.

Wissenschaftliche Forschung zu den Dynamiken sozialer Bewegungen deutet allerdings darauf hin, dass ein Rückgang bei „moderateren“ bzw. mainstreamfähigen rechtsextremistischen Bewegungen eher eine Radikalisierung der Extremen fördern kann. Das gilt nicht nur für rechtsextreme politische Organisationen und Parteien, sondern auch für Subkulturen. Bereits 2016 konnte ein Anstieg rechts-extremistischer Tathandlungen in Österreich festgestellt werden. Diese Tendenz wird aller Wahrscheinlichkeit nach erhalten bleiben.

Zu früh für eine seriöse Einschätzung der Entwicklungen ist zu diesem Zeitpunkt das Attentat in Manchester. Vor allem da noch nicht ganz klar ist, was genau passiert ist, bzw. warum und wie es dazu kam. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Entwicklungen auf der internationalen und nationalen Ebene weiterhin günstig für die Radikalisierung einzelner Personen sind. Während Diskurse und Themen der extremen Rechten in abgeschwächter Form in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und zum Teil von anderen Parteien aufgenommen wurden und dies zu einer Schwächung des Aufstiegs rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien führte, kann dies durchaus mit einer weiteren Radikalisierung von einzelnen Personen am rechten Rand der Gesellschaft einhergehen. Gleichzeitig bleibt die Gefahr des IS-Terrorismus aufrecht. Die Schwächung des IS in Syrien hatte auf die Terrorismus-Gefahr in Europa keinen Einfluss. Allerdings, so zeigt sich aus der Erfahrung, geht dabei die größte Gefahr nicht wie gedacht von den rückkehrenden „foreign fighters“ aus, sondern von Personen, die in jüngerer Zeit in Europa radikalisiert wurden. Auch dieser Trend, so ist zu befürchten, wird sich weiter halten.

Resilienz und die Globale Strategie der EU

Barbara Gruber

Resilienz bleibt ein *Leitmotiv*² in strategischen Policy Dokumenten vom State- and Peacebuilding, staatlichen Sicherheitsstrategien zur humanitären Hilfe und seit 2016 auch als Ansatz eines Versuchs einer gemeinsamen Außenpolitik der EU. Was im Rahmen der EU klar wird, ist dass die EU die ur-

² Wagner, W. & R. Anholt (2016). Resilience as the EU Global Strategy's new leitmotif: pragmatic, problematic or promising? *Contemporary Security Policy*, 37:3, 414-430.

sprünglich als Friedensprojekt konzipiert war, sich nun mit der Notwendigkeit einer Sicherheitsagenda konfrontiert sieht. Resilienz in der Arena von politischen Theorien wird als „Prinzipien-Pragmatismus“ dargestellt – ein Mittelweg aus einer realistischen Einschätzung und einer idealistischen Ambition.³

Resilienz wird dabei nachgesagt, der Mittelweg zwischen einem überambitionierten „liberal peace-building“ und einer unterambitionierten Übergewichtung einer reinen Stabilitätsorientierung zu sein. In der Praxis bedeutet dies, dass weniger mit übergeordneten *one-size-fits-all* Schemata gearbeitet wird, sondern mit lokalen Kapazitäten, was allerdings auch darin resultieren kann, dass Verantwortlichkeiten auf nicht-staatliche Akteure ausgelagert und damit auch Budgetreduzierungen gerechtfertigt werden können.⁴ Darüber hinaus hat Resilienz in der Sicherheitsarena den konzeptuellen Vorteil, dass es explizit auf Kooperation und Koordination ausgelegt ist⁵, weshalb dieses Konzept trotz aller Kritik auch weiterhin eine Schlüsselrolle einnehmen wird.

Zwei Bereiche bleiben dabei besonders im Trend derzeitiger Sicherheitsdebatten:

- (1) Resilienz und Souveränität – nicht-staatliche Akteure werden immer bedeutender im Hoheitsbereich der Sicherheit. Um diese adäquat integrieren zu können, braucht es eine passende Form der Zusammenarbeit ohne dabei das Vertrauen in staatliche Stellen zu unterminieren.
- (2) Resilienz im Counter-Terrorismus - sowohl als Stärkung der nationalen Widerstandsfähigkeit und des nationalen Zusammenhaltes im Falle eines Anschlages als auch bezogen auf konkrete Praktiken wie den Informationsaustausch zwischen staatlichen Sicherheitsakteuren.

³ Davis Cross, M. (2016). The EU Global Strategy and diplomacy, *Contemporary Security Policy*, 37:3, 402-413.

⁴ Wagner, W. & R. Anholt (2016). Resilience as the EU Global Strategy's new leitmotif: pragmatic, problematic or promising? *Contemporary Security Policy*, 37:3, 414-430.

⁵ Mogherini, F. & Katainen, J. Wir sollten die EU zu echter Verteidigungsunion entwickeln. Welt.de, 27.1.2017.

Quellen

- Aydın-Düzgit, Senem (2016). Progress and Setbacks in The Middle East, in: Young, Richards (et al.): Non-Western Ideas for Democratic Renewal, http://carnegieendowment.org/files/RDN_NonWesternDemocracies_041816.pdf [Zugriff: 30. Mai 2017].
- Candar, Cengiz (2017). Erdogan-Trump: The most unsuccessful Washington visit ever, Al Monitor 17-05-2017, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/05/turkey-united-states-the-most-unsuccessful-visit-ever.html> [Zugriff: 25. Mai 2017].
- Davis Cross, M. (2016). The EU Global Strategy and diplomacy, Contemporary Security Policy, 37:3, 402-413.
- International Referendum Observation Mission [Republic of Turkey – Constitutional Referendum, 16 April 2017] (2017): Statement of Preliminary Findings and Conclusions, <https://www.osce.org/odihr/elections/turkey/311721?download=true> [Zugriff: 24. Mai 2017].
- Milliyet (2017). Tuzağı reformlarla bozacağız, 22. Mai, <http://www.milliyet.com.tr/tuzagi-reformlarla-bozacagiz-ekonomi-2454565/> [Zugriff: 24. Mai 2017].
- Mogherini, F. & Katainen, J. (2017) Wir sollten die EU zu echter Verteidigungsunion entwickeln. www.welt.de.
- NTV (2017). 2016 büyüme rakamı açıklandı, 31. März, <http://www.ntv.com.tr/ekonomi/2016-buyume-rakami-aciklandi,39KtqrCNik6LRckNiKs7Ew> [Zugriff: 30. Mai 2017].
- Wagner, W. & R. Anholt (2016). Resilience as the EU Global Strategy's new leitmotif: pragmatic, problematic or promising? Contemporary Security Policy, 37:3, 414-430.
- World Bank (2014). Turkey's Transitions, Report No. 90509 – TR, December 2014, http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2014/12/04/000470435_20141204124514/Rendered/PDF/905090v20ESW0w0ip0final0print0nov29.pdf [Zugriff: 5. Mai 2015].
- YSK [Yüksek Seçim Kurulu] (2017). Yurt İçi, Gümrük Kapısı Ve Yurt Dışı Sandıkları Anayasa Değişikliği Halkoylaması Sonuç Tutanağı, 27. April, <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/2017HO/2017HO-Ornek135.pdf> [Zugriff: 24. Mai 2017].